



AŞİTÎ BARİŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr.12 • Februar/ März 2003

Editorial

Kaum wahrgenommen von der internationalen Öffentlichkeit steuert der türkisch-kurdische Konflikt auf eine erneute Eskalation zu. Dies drückt sich derzeit am ersichtlichsten am Streit über die Haftbedingungen von Abdullah Öcalan aus. Schon mehr als zwei Monate haben seine Rechtsanwälte keine unabhängige Nachricht von ihrem Mandanten. Immer wieder wird Ihnen der Zugang mit fadenscheinigen Begründungen verwehrt. Leib und Leben des Kurdenführers scheint in Gefahr. Die Kurden sind mehr als beunruhigt. Gleichzeitig kommt es verstärkt zu Gefechten zwischen der türkischen Armee und kurdischen Verteidigungskräften, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verlieren.

Die Zeit ist für die Türkei günstig. Im Windschatten eines möglichen Irakkrieges würde eine gleichzeitige Eskalation des türkisch-kurdischen Konfliktes wenig Reaktionen hervorrufen. Die Teilnahme der Türkei an einem Irakfeldzug scheint ausgemacht. Hierfür spricht auch die verstärkte Präsenz von türkischen Militärverbänden in Süd-Kurdistan (Nord-Irak). Eine langfristige Besetzung des Gebietes ist nicht ausgeschlossen. Dies steht dem Konzept der USA für eine Neuordnung der Region nicht unbedingt entgegen. Als Ordnungsmacht von Amerikas Gnaden könnten so eventuelle Autonomiebestrebungen der Kurden im Zaum gehalten werden, um Mosul und Kirkuk zu sichern.

Indes hat KADEK deutlich gemacht, dass den verstärkten Angriffen der Türkei nicht allzu lange tatenlos zugesehen werde. Dabei beruft sich diese Organisation auf ihr legitimes Selbstverteidigungsrecht. Ein neuer Waffengang ist in greifbare Nähe gerückt. Die Konsequenzen eines erneuten Krieges sind nicht absehbar. Besonders in Deutschland herrscht der Trugschluss vor, dass sich mit der Beendigung des Krieges die größten Probleme erledigt hätten. Allzu oft wird die Bereitschaft zu Verhandlungen als Schwäche ausgelegt, weswegen man ein Handeln nicht für notwendig befindet. Somit wird eine große Chance für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes vertan. Die Konsequenzen daraus können auch in Europa auf vielfältige Weise sichtbar werden. Noch besteht die Möglichkeit zum Handeln. Eine Politik der Ignoranz und Selbstvergessenheit ist jedoch kein Weg, eigene Interessen nachhaltig zu wahren.

Zu diesem und anderen Themen in dieser Ausgabe: Ari Oostlander (Türkeiberichterstatte der EU), Mustafa Karasu (Mitglied des Präsidialrats des KADEK), Ismet Serif Vanli (Vorsitzender des KNK). Besonderer Dank gilt dem Büro des KNK in Brüssel, ohne dessen Mitwirken das Interview mit Mustafa Karasu gar nicht möglich gewesen wäre.

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan:

Prof. Dr. Elmar Altvater (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker, Deutschland), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende und Frauensprecherin der KPÖ), **Xabier Arzalluz** (Präsident der Nationalistischen Baskischen Partei), **Lord Eric Avebury** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, GB), **Uri Avnery** (ehem. Knessetabgeordneter, Gush Shalom - Friedensblock - Israel), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der KPÖ), **Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, GB), **Christine Blower**, (ehem. Präsidentin der Britischen Lehrergewerkschaft NUT), **Hans Branscheidt** (medico international/Appell von Hannover), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof - syrisch-orthodox - von Jerusalem), **Alain Calles** (Präsident des MRAP, Frankreich), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr FBU, GB), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Ramsey Clark** (RA, ehem. US-Justizminister), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru - Walisische Partei, GB), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (TU Darmstadt), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz), **Dr. Diether Dehm** (ehem. stellv. Vorsitzender der PDS), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **Michael Feeney** (Flücht-

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2**

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Interview mit Ismet Serif Vanli, Präsident des Kurdischen Nationalkongresses (KNK)

Seite 4

Die nächsten Wochen werden entscheiden

Interview mit Mustafa Karasu, Mitglied des KADEK Präsidialrates

Seite 8

Die Isolation nimmt weiter zu

Fragen an Irfan Dündar, Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan

von John Tobisch-Haupt

Seite 10

Die Türkei braucht noch viel Zeit

Fragen an Ari M. Oostlander, Türkei-Rapporteur des europaparlamentes

von Cemal Ucar

Impressum:

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"
50445 Köln, Postfach 100511
info@freedom-for-ocalan.com
www.freedom-for-ocalan.com

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus D. Bufe, Klaus Becher, Klaus Happel, Stefan Leibold
Vi. S.d.P.: Klaus D. Bufe

Die Erstellung dieses Bulletin kostet Geld. Spenden sind sehr willkommen.
Stadtsparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98,
Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Interview mit Ismet Serif Vanli, Präsident des Kurdischen Nationalkongresses (KNK)

Eine amerikanische Intervention im Irak wird immer wahrscheinlicher. Erklärtes Ziel der USA ist der Sturz von Saddam Hussein. Im gesetzten Fall, erwarten Sie in Folge ein demokratisches Regime?

Das ist das Bild, das die irakische Opposition zeichnet. Dies ist ein Szenario, mit dem man sich anfreunden könnte. Eine Umsetzung jedoch wird große Schwierigkeiten mit sich bringen. Indes droht eine türkische Intervention im Nord-Irak. So ist die Befürchtung nicht abwegig, dass die Türkei mit der Unterstützung der USA die Guerillakräfte des KADEK angreift. Ich hoffe, dass es zu einem solchen Szenario nicht kommt. Vordergründig soll eine Intervention dem Entstehen eines kurdischen Staates entgegenwirken. Vielmehr beabsichtigt die Türkei eine Föderation zu verhindern, in der die irakischen Kurden eine gleichberechtigte Position einnehmen. Nun sind die Türken nicht allmächtig. Auch gegen den Willen der Türkei wird eine Föderation entstehen, wenn die Iraker das wollen. Selbst die Amerikaner werden sich einer solchen Perspektive nicht verschließen können.

Was sollten die Kurden im Vorfeld eines möglichen Irakkfeldzuges unternehmen?

Wir sollten abwarten. Wenn sich die Iraker von Saddam Hussein befreien, ist dies garantiert nicht zum Schaden der Kurden. Die sich daraus ergebenden Problemlösungen werden sich auch auf die



Ismet Serif Vanli

anderen Teile Kurdistans positiv auswirken. Andererseits besteht die Gefahr, dass die irakischen oppositionellen Gruppierungen aneinander geraten. Zwar wollen die irakischen Kurden ihre Probleme lösen, dies darf jedoch nicht auf dem Rücken anderer geschehen. Kein Zweifel besteht allerdings daran, dass das Erlangen eines völkerrechtlichen Status für die irakischen Kurden mehr als befriedigend wäre. In dieser Angelegenheit ist aber noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.

Wird das je der Fall sein?

Die Geschichte schreitet rasant voran. Wir müssen demzufolge eine geeignete Methode finden, um unsere Forderungen beherzt vorzutragen. So hoffe ich,

dass bei zukünftigen Wahlen in der Türkei die DEHAP wieder diejenigen kurdischen Gebiete zurückgewinnt, in denen bei der letzten Wahl die AKP bzw. CHP Gewinne verzeichnen konnten. Auch die muslimischen Kurden sollten sich dem kurdischen Lager anschließen.

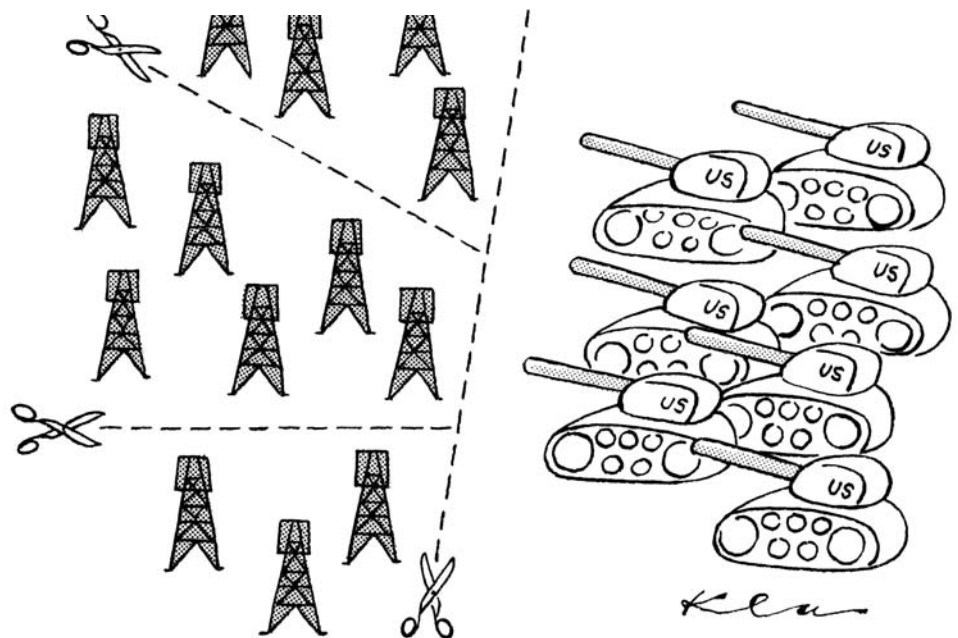
Wir können friedlich in einem Land zusammen leben, wenn uns keine Feindschaft entgegengebracht wird. So stellen die Kurden ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Türkei. Mehr als ein Drittel des Staatsgebietes der Türkei wird von Kurden besiedelt. Wir sind zu einem Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat bereit. Die Türken sind uns in den kurdischen Gebieten immer willkommen. Dies muss aber auch für die Kurden in Istanbul gelten. In einem demokratischen Staat ist ein solches Zusammenleben möglich. Jedoch ist hierfür die Gleichstellung der kurdischen Sprache mit der türkischen eine zentrale Voraussetzung. So muss es den Menschen selbst überlassen werden, in welcher Sprache sie sich ausdrücken wollen. Nur so können die Menschen von den gleichen Voraussetzungen ausgehend profitieren.

Auch wenn die DEHAP nicht die undemokratische 10 %-Hürde überwinden konnte, hat ihre erstmalige Teilnahme an den Wahlen dennoch zu einem passablen Ergebnis geführt. Sämtliche Grenzgebiete sind so an sie gegangen und eine weitere Ausweitung dieses Potentials liegt im Bereich des möglichen. Auch das schlechte Wahlergebnis einiger rassistischen Parteien gibt Anlass zur Hoffnung. Dennoch ist die kurdische Frage in der Türkei weiter ungelöst. Nur wenn die Türkei von ihrer Politik der Verleugnung Abstand nimmt, kann eine Lösung erreicht werden.

Wie wollen Sie als Vorsitzender des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) dazu beitragen?

Solange die Türkei die kurdische Identität und die geographische Bezeichnung Kurdistan nicht anerkennt, werde ich mich gegen eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union wenden. Wenn die Türkei jedoch die oben genannten Punkte akzeptiert, wird sich dem auch Europa nicht verschließen können. Wir wollen auch in den anderen Teilen Kurdistans unsere Beziehungen zu den dortigen Parteien auf ein neues Fundament stellen. So sollten wir ihren Kampf unterstützen und ihn, wenn notwendig, mit ihnen gemeinsam führen. Vor zwanzig Jahren konnte sich niemand vorstellen, dass kurdische Kräfte in diesem Umfang freigesetzt werden, wie dies an Newroz geschehen ist, als in Diyarbakir und der gesamten Türkei mehr als dreieinviertel Millionen Menschen an den Feierlichkeiten teilnahmen. Keine Gewalt wird diese Kraft aufhalten können. Eines Tages wird die Türkei die Realität anerkennen müssen. Und dann werden die Gesetze der Realität angepasst werden und nicht wie heute die Realität den Gesetzen.

Ismet Serif Vanli wurde in der syrischen Hauptstadt Damaskus am 21. November 1924 als Sohn eines kurdischen Gendarmen und einer kurdischen Hausfrau geboren. Nach Abschluss des Gymnasiums Beginn eines Ingenieurstudiums an der amerikanischen Universität in Beirut. Später Wechsel an die französische Universität in Beirut, um Politik- und Rechtswissenschaften zu studieren. Nach Abschluss des Studiums Emigration in das schweizerische Lausanne. 1956 Beteiligung an der Gründung der ersten kurdischen Studentenvereinigung in Europa. Kurz darauf Annahme eines Lehrauftrag für kurdische Sprache an der Pariser Sorbonne Universität. Zahlreiche Forschungsarbeiten über die kurdische Geschichte entstehen im Lauf der Jahre. Mit dem Beginn des kurdischen Befreiungskampfes gegen das Baath-Regime im Irak 1961 unter der Führung von Molla Mustafa Barzani, beginnt er sich aktiv für die kurdische Sache einzusetzen. Heute steht er dem Kurdistan Nationalkongress (KNK) in Brüssel als Präsident vor.



Die nächsten Wochen werden entscheidend sein

Fragen an Mustafa Karasu vom Präsidialrat des Kurdistan Freiheits- und Demokratiekongresses (KADEK)

Wie beurteilen Sie die momentane Situation Ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan? Wie glauben Sie wird sich das fortsetzen und welche Möglichkeit sehen Sie auf diese Situation einzuwirken?

Als unser Vorsitzender unter Beteiligung eines internationalen Geheimdienstbündnisses völkerrechtswidrig (an die Türkei. Anmerkung Redaktion) ausgeliefert wurde war das auch ein Bruch europäischen Rechts. Obwohl die Behörden Griechenlands und Italiens nichts gegen die Absicht unseres Vorsitzenden einzuwenden hatten, seine politische Arbeit in Europa fortzusetzen, wurde er unter massivem Druck zum Verlassen Europas gezwungen. Die maßgebliche Beteiligung verschiedener Länder daran war letztendlich deren ökonomischen und politischen Interessen geschuldet. Die U.S.A. und Israel erhofften sich so vorrangig eine größere Anbindung der Türkei. Aber auch unsere auf einen Ausgleich der Völker ausgerichtete Politik wirkte sich auf ihre Interessen im Nahen Osten störend aus. Die an dem Komplott beteiligten Länder sahen daher in einem eskalierenden türkisch-kurdischen Konflikt die größten Möglichkeiten diese durchzusetzen. Die Türkei hingegen erhoffte sich so einen entscheidenden Schlag gegen unsere nationale demokratische Bewegung.

In der jetzigen Situation kommen dieselben Interessen zum Tragen, die auch der Entführung zu Grunde lagen. Viele Kurden sehen in unserem Vorsitzenden ein Symbol der nationalen Ehre und ihrer ei-

genen Selbstbestimmung. Dies zu zerstören ist die Absicht der Türkei. Wäre das nicht so, würde der Umgang mit unserem Vorsitzenden ein anderer sein. Aber auch das zeigt, dass die Türkei nicht im geringsten an eine Lösung der kurdischen Frage denkt. Die vormalige bewaffnete Konfrontation wurde von uns einseitig beendet. Ob dies auch weiterhin gilt wird u.a vom weiteren Umgang mit unserem Vorsitzenden abhängen.

Bis heute haben wir an unsrer Absicht festgehalten, die vorhandenen Probleme auf demokratischem Wege zu lösen. Dies wurde jedoch bisher nicht ausreichend gewürdigt. Zwar wurden einige positive Schritte unternommen, von einer Lösung der kurdischen Frage kann jedoch nicht gesprochen werden. Im Gegenteil. Mit der Weigerung des türkischen Staates den Konflikt zu lösen nahm auch die Repression gegenüber unserem Volk zu. Die jetzige Verschärfung der Haftbedingungen unseres Vorsitzenden sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

Dabei ist sich der türkische Staat durchaus bewusst, dass dies nicht ohne Reaktionen bleibt. Im Hinblick auf eine militärische Intervention im Irak wird in Ankara angenommen, dass die Reaktionen des Auslands darauf nur gering ausfallen werden. Indes wird auch die neue Regierung dafür funktionalisiert. Erst wenn sich eine andere Umgehensweise mit der kurdischen Frage abzeichnet, wird sich auch die Haftsituation unseres Vorsitzenden ändern. Die verschärfte Isolation soll unseren Vorsitzenden seiner politischen Identität und seiner

Wirksamkeit berauben. Eine Diskussion seiner Gedanken im Volk soll verhindert werden. Gleichzeitig ist ein vernichtender Schlag gegen unsere Guerillakräfte beabsichtigt. Dem werden wir nicht tatenlos zusehen.

Unsere jetzige Haltung lässt sich nur aufrecht erhalten, wenn die Angriffe eingestellt und reale Schritte hin zu einer Lösung unternommen werden. Einstweilen werden die Aktionen unseres Volkes die Antwort auf die oben genannten Angriffe sein. Sollte jedoch der türkische Staat nicht bereit sein, von seiner jetzigen Haltung Abstand zu nehmen, ist der Gebrauch des legitimen Selbstverteidigungsrechts durch unsere Guerillakräfte durchaus denkbar. In dieser Hinsicht ist jedoch noch keine Entscheidung gefallen.

Wir würden eine Lösung der Probleme auf demokratischem Wege vorziehen. Dies wird leider von der Türkei als Schwäche ausgelegt, weshalb sie ihre Angriffe verstärkt. Niemand kann erwarten, dass dies langfristig unbeantwortet bleibt. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein.

Erst kürzlich wurde der KADEK als Nachfolgeorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von der USA auf die eigene Liste von terroristischen Organisationen gesetzt. Worauf führen Sie diese Entscheidung zurück?

Die Entscheidung der U.S.A. entbehrt jeglicher rechtlichen und moralischen Grundlage. So nahm die Europäische

Union erst Anfang 2002 die PKK auf ihre gleichlautende Liste.

Dies erscheint paradox, wenn man bedenkt, dass die PKK schon lange vorher den Krieg beendet und sich definitiv auf den demokratischen Kampf festgelegt hatte. Klarer wird dies auf dem Hintergrund der Neuordnung der Beziehungen zur Türkei.

So waren ökonomische und politische Interessen für die oben genannte Entscheidung ausschlaggebend. Dies zeigt nur, dass Europa und die U.S.A. auf Kosten der kurdischen demokratischen Bewegung Politik betreiben.

Aber auch im Mittleren Osten gibt es Länder, denen an der Diffamierung der kurdischen demokratischen Bewegung als "terroristisch" gelegen ist.

Die Türkei wurde so ermutigt, auch weiterhin die Rechte der Kurden zu unterdrücken und die Vernichtung der Organisationen zu betreiben, die sie vertreten.

So betreiben die USA eine Politik auf Kosten der Kurden, um so die Türkei noch mehr an sich zu binden und sie ihren Interessen gemäß zu beeinflussen. Außer einer unterschiedlichen Einschätzung der politischen Entwicklung und einem gewissen ideologischen Dissens, hat der KADEK nichts gegen die USA gerichtete unternommen.

Der Friedenspolitik des KADEK bleiben die USA eine Antwort schuldig. Die amerikanische Klassifizierung des KADEK als "terroristisch" ist einer Lösung der kurdischen Frage mehr als abträglich. Vielmehr ist sie dazu geeignet dem Krieg den Weg zu ebnet.

Dies erweckt den Eindruck, dass die USA nicht an der Beendigung des Krieges der Türkei gegen die Kurden interessiert sind. Anstatt die Türkei zu einer Lösung der kurdischen Frage zu bewegen, wird diese in ihrer Verweigerungshaltung bestärkt.

Auf der einen Seite klassifizieren die

U.S.A. die kurdische Bewegung als "terroristisch", um die Türkei noch mehr an sich zu binden, andererseits nutzen sie nicht die sich daraus ergebenden politischen Möglichkeiten, um der Türkei bei einer Lösung der Probleme behilflich zu sein, die wiederum erst die von ihnen als "terroristisch" klassifizierten Organisationen hervorgebracht haben.

Die Lösung der kurdischen Frage ist im Rahmen eines solchen Paradoxons anzusiedeln. Die oben beschriebene Politik ist von unserem Vorsitzenden als "kurdische Falle" bezeichnet worden. So ist ein erneuter Krieg der Türkei gegen unsere Bewegung durchaus im Interesse der USA. Die Angriffe auf Guerillaeinheiten im Gebiet von Diyarbakir und die gegen unseren Vorsitzenden ergriffenen Maßnahmen sind in Verbindung mit dieser Haltung zu sehen.

Bezeichnenderweise wurden die Haftbedingungen unseres Vorsitzenden nach der Entscheidung der USA verschärft, den KADEK in die Liste von terroristischen Organisationen aufzunehmen. Dies ist nicht geschehen, weil man die Türkei beglücken möchte, sondern weil den USA die Schwäche der Türkei bewusst ist.

In diesem Sinne ist die "kurdische Falle" auch eine Falle für die anderen Völker in der Region. Die tagespolitische Ausrichtung des oben genannten Beschlusses bezweckt, die Türkei zu einer Teilnahme an einer militärischen Intervention im Irak zu bewegen. Dies wird ihr schmackhaft gemacht, indem eine nach der Intervention errichteten neuen Ordnung die Vernichtung der HPG-Guerilla erleichtert würde.

Deshalb sehen die U.S.A. eine Intervention in Südkurdistan (Nordirak) vor. Gleichzeitig verfolgen die U.S.A. eine Politik, welche die internationale Staatengemeinschaft dazu bewegen soll, die KDP und PUK als alleinige Vertreter der Kurden anzuerkennen, weil sich die



Mustafa Karasu

U.S.A. der Kollaboration dieser Organisationen versichern möchte. Wenn den USA wirklich an Frieden und Demokratie gelegen ist, wie sie dies immer wieder bekundet, muss sie auch einen dementsprechenden Druck auf die Türkei ausüben. Andernfalls bleibt ihr Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit unglaubwürdig.

Die AKP hat eine Reihe von politischen Reformen eingeleitet, die sowohl von der EU als auch von den demokratischen Kräften in der Türkei seit langer Zeit eingefordert werden. Wie beurteilt der KADEK die bisherigen Auswirkungen auf einen realen Demokratisierungsprozess in der Türkei?

Schon jetzt zeichnen sich größere Spannungen zwischen dem allgegenwärtigen Militär und der neuen Regierung ab. Inwiefern fordert die EU eine Beschneidung der Rolle der Militärs. Wie hoch schätzen Sie in diesem Spannungsfeld die politischen Überlebenschancen der jetzigen Regierung ein?

Richtig, die Regierung hat einige Gesetzesänderungen vorgenommen. Wir können jedoch nicht sagen, dass diese das

System verändern. So sagt die Erweiterung der Anzahl von Zivilisten am Nationalen Sicherheitsrat wenig über eine Demokratisierung aus. Solange Abgeordnete vom Parlamentspräsidenten als Verräter gebrandmarkt werden, nur weil sie an einer Gesprächsrunde für die Lösung des Zypernproblems teilgenommen haben, sind die gemachten Schritte nicht als wirklich demokratisch anzusehen. Mit einem Parteiführer wie Erdogan, der offen die Existenz der kurdischen Frage bestreitet, ist nur schwer eine reale Demokratisierung des Landes zu verwirklichen. Von Beginn an suchte er die Verständigung mit dem Militär und ähnlich denkenden Kreisen, um nicht von ökonomischen und politischen Vorteilen abgeschnitten zu werden.

Mit der Abschaffung der Todesstrafe wurden gleichzeitig Beschlüsse der vorherigen Regierung bestätigt, die wiederum gewisse Einschränkungen beinhalten. Von einer Regierung Anstrengungen zur Demokratisierung des Landes zu erwarten, die ständig unter dem Druck steht beweisen zu müssen, dass sie durchaus systemkonform sei, wäre naiv.

Durchaus lässt sich an der Gesetzesvorlage, die Tayyip Erdogan den Weg zu einem Parlamentsmandat ebnet, ein gewisses Maß an Reform erkennen.

Der jetzige Paragraph im türkischen Strafgesetzbuch jedoch, der dieser Gesetzesänderung zugrunde liegt, wird wiederum von den Richtern und Staatsanwälten der Türkei in Bezugnahme auf andere Strafparagrafen angewandt.

Mit einigen kosmetischen Veränderungen will die AKP-Regierung Europa dazu bewegen, die Türkei auch ohne umfassende Strukturreformen aufzunehmen. Die jüngsten Gesetzesreformen sind jedoch nicht dazu geeignet eine wirkliche Demokratisierung in der Türkei einzuleiten. Im Gegenteil. So wurde die Verab-

schiedung eines Gesetzes, das Muttersprachenunterricht und muttersprachliches TV und Radio begrenzt zulässt, als ein historischer Durchbruch gefeiert. Dieses Gesetz ist jedoch vielmehr dazu geeignet, diese Sprachen zu verleugnen und deren Gebrauch zu verhindern. Deshalb können diese Schritte nur als Täuschungsmanöver bezeichnet werden, die darauf ausgerichtet sind Zeit zu gewinnen.

Momentan erfüllt die Regierung die ihr gesetzte Aufgabe, den kurdischen und türkischen Demokratiebestrebungen entgegenzuwirken. Ihre Lebensdauer wird davon abhängen, in wie weit sie für nationale und internationalen Interessen von Nutzen ist.

Das Militär benutzt die Medien, um manche Probleme verzerrt darzustellen. Auf diese Weise wird ein gewisses Klima der Konfrontation erzeugt, um die Regierung auf Linie zu bringen. Jedoch gestaltet sich in einigen Themenkomplexen eine Verständigung der neuen Regierung mit dem Militär und der traditionellen Bürokratie recht schwer.

In dieser Frage scheint die Regierung schon aufgegeben zu haben, auf einigen Veränderungen zu beharren. Abgesehen davon konnte ein gewisses Maß an Verständigung erreicht werden zu einem Zeitpunkt als die Türkei unter massiven inneren und äußeren Druck stand. Dabei ist wieder die klassische Schwäche der zivilen Verantwortlichen der Türkei deutlich geworden. Bei der letzten Wahl wurde das bisherige System abgewählt, weshalb man nun daran interessiert ist, die erwarteten Reformen nicht allzu tiefgehend zu gestalten.

So ist jetzt schon abzusehen, dass schon bei den kommenden Kommunalwahlen 2004 die jetzige Regierung massive Einbrüche hinnehmen werden muss. Sollte sich die Regierung dem politischen Establishment gegenüber wohlwollend verhalten, kann mit ihrem Überdauern bis

zur nächsten ordentlichen Parlamentswahl gerechnet werden.

Die nächsten Kommunalwahlen könnten das momentane Stillhalteabkommen zwischen dem Establishment der Türkei und der jetzigen Regierung wieder in Frage stellen..

Wenn diese wirklich die vom Volk geforderten Reformen umsetzen wollte, würde sie sich auf das Volk stützen und gegenüber anderen politischen Machtzentren selbstbewusst auftreten. Für diese Kräfte wird es nicht schwer sein, die Lebensdauer der Regierung zu verkürzen, da diese den Forderungen des Volkes nicht gerecht wird. Vielmehr spielt sie mit ihrer Politik den eigenen Gegnern in die Hände.

Diese Politik sieht kein Programm vor, dass die Interessen des Volkes angemessen vertritt.

Im Rahmen einer möglichen militärischen Intervention der USA im Irak sollen türkische Verbände zur Seite stehen. Schon jetzt befindet sich eine größere Anzahl im Nord-Irak. Wie hoch schätzen Sie die militärische Stärke der Türkei in diesem Gebiet ein? Ist mit einer türkischen Invasion in Süd-Kurdistan und einer langfristigen Besetzung zu rechnen? Wie wird sich dies auf den KADEK auswirken und was gedenkt hier der KADEK zu tun?

Seit dem Oktober 1992 kommt es immer wieder zu Interventionen der türkischen Armee in Süd-Kurdistan (Nord-Irak). Insbesondere seit 1997 ist sie dort mit größeren Kontingenten präsent.

Zuerst waren diese überwiegend in dem Gebiet stationiert das sich unter der Kontrolle der KDP befindet. Nun ist die Präsenz auch auf das Gebiet der PUK ausgeweitet worden.

Dies geschah auch auf die Einladung der KDP und PUK hin. Somit war gewährleistet, einer revolutionären demokrati-

schen Entwicklung in Süd-Kurdistan vorzubeugen und das Überleben des feudalen, auf Stammesinteressen gründenden Systems zu gewährleisten.

Konkret sind im Gebiet der KDP 15.000 türkische Soldaten dauerhaft stationiert. Von Zeit zu Zeit wird dieses Kontingent durch andere Militärverbände ergänzt, welche aber nur für begrenzte Zeit stationiert bleiben. Abgesehen davon haben sich verschiedene Geheimdienstorganisationen im Gebiet der KDP niedergelassen, wo sie in verschiedenen zivilen Institutionen unter anderem Namen firmieren.

Jedoch sind jene (Geheimdienste) auch mit offiziellen Büros vertreten. Diese wiederum sind an neuralgischen Punkten eingerichtet worden. So befindet sich der Flughafen von Bamerni unter der Kontrolle der türkischen Armee. Dort sind auch schwere Panzereinheiten und ein Geschwader von Kampfhubschraubern stationiert. Dieser Stützpunkt wird momentan von der Türkei ausgebaut, um ihn für jedweden Gebrauch von Kampfflugzeugen nutzbar zu machen. Die türkischen Soldaten auf KDP-Gebiet, sind überwiegend um die Städte Duhok und Saxo zusammengezogen., aber auch im Gebiet um Zaxo und Amediye stationiert. Auch zwischen dem Gebirgsmassiv um Metina und der türkischen Grenze sind an strategischen Punkten militärische Stützpunkte der türkischen Armee anzutreffen.

Im Gebiet der PUK sind türkische Soldaten vorwiegend in den Kleinstädten Ranya und Cakurna stationiert. Häufig ziehen diese zusammen mit den Peshmergas der PUK zu Aufklärungstreifzügen durch das Gelände, welches sich unter der Kontrolle von Guerillaverbänden der HPG befinden.

Auch wenn keine genaue Zahl bekannt ist, wird die Stärke des türkischen Kontingents auf 1000 bis 1500 geschätzt. Zudem sind Soldaten in der Gegend um Sulemaniye in niedriger Zahl stationiert.

Auch entlang an der Grenzlinie der Gebiete der KDP und der PUK soll ein gewisses Kontingent vorhanden sein, wenn sich auch dessen Stärke niedriger beziffert als in der Vergangenheit. Dieses Kontingent wird von der Türkei als "Friedenskontingent" bezeichnet.

Aller Voraussicht nach muss von einer Teilnahme der Türkei an einer militärischen Intervention der U.S.A im Irak ausgegangen werden. Dies wird aber unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen geschehen.

Die Türkei will verhindern, dass die ölreichen Gebiete um Kirkuk und Mossul an die selbstverwalteten kurdischen Gebiete fallen.

Ein weiteres Ziel ist die Vernichtung der Guerillaverbände der HPG. Hierfür beabsichtigt die Türkei eine langfristige Besetzung Süd-Kurdistans, in dem ihre Armee schon seit zehn Jahren präsent ist. Begründet wird dies mit der Schaffung einer Stabilität im Irak und die Sicherung einer zu installierenden Zentralgewalt. Ihren Wiederabzug stellt sie in Aussicht, wenn der Süden Kurdistans befriedet und das Gebiet um Mossul-Kirkuk unter die Kontrolle der Zentralgewalt gestellt ist. Primär beabsichtigt sie nicht die Einverleibung des ölreichen Gebietes, erhofft dennoch eine gewisse Beteiligung an der Ausbeutung der dortigen Ölquellen.

Die jüngste Goodwilltour der Türkei in den arabischen Staaten war allein darauf ausgerichtet, die jeweiligen Regimes von den hehren Absichten einer Besetzung zu überzeugen. Man wolle alles tun, um eine Teilung des Iraks zu verhindern.

Eine Intervention im Irak wird sich auch auf uns in vielerlei Hinsicht auswirken. In erster Linie berührt uns die Situation des süd-kurdischen Volkes.

Wir werden sein Schicksal und die Wahrnehmung seiner nationalen demokratischen Rechte nicht allein der KDP und PUK überlassen.

Wir werden es nicht zulassen, dass sich eine Intervention zum Nachteil unseres Volkes auswirkt. Unsere dortige Kraft ist eine Sicherheit für die Demokratisierung des Iraks und für die Befreiung Kurdistans. Deshalb werden wir unsere Präsenz verstärken und ausweiten.

Einem Angriff sehen wir gelassen entgegen, da wir über ausreichende Stärke zur legitimen Selbstverteidigung verfügen, die in jedem Gebiet einsetzbar ist.

Dies sollten diejenigen mit einbeziehen, die sich mit der Absicht eines Angriffes auf unsere Guerillaverbände tragen. So werden unsere Selbstverteidigungskräfte die Partisanenverbände der PCDK bei ihrer Aufgabe unterstützen, die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes zu wahren.

Im Falle eines Vernichtungsfeldzuges werden wir die geographischen Vorteile nutzen und unsere Kräfte dementsprechend verteilen.

Dies kann auch die Türkei mit einschließen, da dort auch nach unserem Rückzug aus der Türkei ein begrenztes Kontingent unserer Kräfte verblieben ist.

Für derartige Manöver besteht ausreichende Erfahrung. Gegenüber einer Intervention erachten wir die Initiative der demokratischen Kräfte für wichtig, sich auf eine Demokratisierung der Region zu konzentrieren.

Eine Intervention von außen kann vielleicht das Regime im Irak zu Fall bringen, die Installierung eines den eigenen Interessen gemäßen Regimes wird nicht möglich sein.

Um solche Interventionen in der Region von außen auch in Zukunft zu vermeiden, setzen wir auf die Demokratisierung der Region und die Schaffung einer freien Einheit der Völker. Ob heute oder morgen; wir wenden uns gegen eine äußere Intervention in der Region.

Erst wenn die Völker der Region ihre Probleme untereinander lösen, werden derartige Interventionen nicht mehr möglich sein.

Die Isolation nimmt weiter zu

Interview mit Irfan Dündar, Anwalt von Abdullah Ocalan

von John Tobisch-Haupt

Seit sieben Wochen besteht kein Kontakt mehr zu Ihrem Mandanten. Was gedenken Sie in dieser Situation zu tun bzw. welche rechtlichen Schritte haben Sie hier bisher unternommen?

Diese Praxis ist nicht neu. Vielmehr sehen wir uns schon seit der völkerrechtswidrigen Verbringung Abdullah Öcalans in die Türkei mit derartigen Maßnahmen konfrontiert. Jedoch seit September letzten Jahres haben sich die Isolationshaftbedingungen unseres Mandanten zunehmend verschärft. Hierfür sind weniger rechtliche bzw. verfahrenstechnische Gründe ausschlaggebend als politische. Zwar wurde auch schon vorher der Vorwand schlechter Witterungsverhältnisse bemüht, um die Anwalts- bzw. Familienbesuche bei unserem Mandanten zu behindern. Jedoch seit dem September 2002 ist dies zur Standardbegründung geworden.

Wie oft konnten Sie in diesem Zeitraum Ihren Mandanten sehen?

Seit dem 18. September 2002 bis zum 15. Januar 2003 nur dreimal. Unter normalen Umständen besteht jeweils einmal die Woche für eine Stunde die Möglichkeit zum Mandantengespräch. Diese Gespräche sind notwendig, um eine anwaltliche Betreuung in dem beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängigen Verfahren, aber auch anderen laufenden Verfahren wie das vor der 8. Kammer des Staatssicherheitsgericht in Ankara und das jüngst in Grie-

chenland eröffnete Verfahren zu gewährleisten. Diese Gespräche fallen allesamt unter das Recht auf eine angemessene Verteidigung, das auch von der Europäischen Menschenrechtskonvention gedeckt ist. Trotz diesem allgemeingültigen Recht wird uns dessen Wahrnehmung bis heute immer wieder verwehrt. So ist davon auszugehen, dass die Behinderungen sich weiter systematisch fortsetzen bzw. weiter zunehmen werden.

In einem herkömmlichen Rechtsstaat en lassen sich im allgemeinen gegen derartige Maßnahmen Rechtsstaat Rechtsmittel einlegen. In der Türkei jedoch gibt es in dieser Hinsicht große Probleme. Welche Schritte lassen sich im Falle Ihres Mandanten unternehmen bzw. welche rechtlichen Schritte wurden Ihrerseits gegen die von Ihnen beschriebene Praxis eingelegt?

Schon vor der Verschärfung der Haftbedingungen haben wir aufgrund der schweren Lebensbedingungen unseres Mandanten diesbezüglich mehrfach Widerspruch bzw. Beschwerde eingelegt. Diese wurden im allgemeinen allesamt an das Justizministerium, an die zuständige Gefängnisbehörde in Ankara und an die Gefängnisverwaltung auf Imrali gerichtet. Des weiteren haben wir den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte über die Situation unterrichtet und Beschwerde eingelegt, wobei noch keine Entscheidung vorliegt. Weiterhin haben wir uns auch an das Antifolterkomitee des Europarates (CPT)

und an Amnesty International gewandt, um auf die Situation unseres Mandanten aufmerksam zu machen.

Haben Ihre Bemühungen zu einem Ergebnis geführt bzw. haben Sie eine Antwort erhalten?

Bisher ist das CPT zweimal auf die Gefängnisinsel Imrali gereist, um die Haftbedingungen unseres Mandanten zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wurde in zwei unterschiedlichen Berichten zusammengefasst und der türkischen Regierung vorgelegt. Demnach wurden die Haftbedingungen als schwer und als Isolationshaft bezeichnet, welche geeignet seien die psychische und physische Verfassung unseres Mandanten negativ zu beeinflussen, weshalb das CPT eine Änderung dieser Haftbedingungen einforderte und der Türkei dementsprechende Vorschläge unterbreitet hat. Dies wird jedoch bisher von den zuständigen Behörden ignoriert. Vielmehr wurden die Haftbedingungen noch weiter verschärft. So haben wir uns erneut an die schon genannten Institution gewandt. Außerdem haben wir den Menschenrechtsausschuss der türkischen Nationalversammlung angerufen und uns an die im Parlament vertretenen Parteien gewandt. Weiterhin haben wir versucht, mit verschiedenen Auslandsvertretungen von europäischen Staaten Kontakt aufzunehmen. Jedoch erhielten wir bisher keine nennenswerte Antwort.

Vor dem Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte ist eine Beschwerde Ihres Mandanten anhängig. Inwieweit wirkt sich die momentane Situation auf das dortige Verfahren bzw. auf Ihre Verfahrensführung aus?

Klar, die schweren Isolationshaftbedingungen unseres Mandanten sind nicht nur dazu geeignet, seine psychische und physische Verfassung negativ zu beeinflussen. Auch sein Recht auf eine angemessene Verteidigung ist dadurch massiv beeinträchtigt. Selbst in der Türkei hat jeder Bürger das Recht zur uneingeschränkten anwaltlichen Betreuung. Deshalb entbehrt die momentane Praxis jeglicher rechtlichen Grundlage. Letztendlich verletzt dies auch die türkische Verfassung. Die Spezialbehandlung unseres Mandanten findet somit in einem rechtsfreien Raum statt. Zwar wird diese immer wieder mit der besonderen Stellung unseres Mandanten und seiner Funktion begründet, dies darf jedoch nicht dazu führen, dass das Recht auf eine angemessene Verteidigung vollständig aufgehoben wird. Nicht das Ergreifen von Sicherheitsmaßnahmen sondern die Negierung sämtlicher allgemeingültigen rechtlichen Normen ist das Problem. Das ist inakzeptabel und mit den universellen Rechtsprinzipien unvereinbar.

Somit hat dies direkte Auswirkungen auf unsere Verfahrensführung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, da wir zu vielen Fragen keine Rücksprache mit unserem Mandanten halten können. Schon unter normalen Umständen war aufgrund der beschränkten Besuchszeit die Abstimmung einer adäquaten Verfahrensführung eingeschränkt. Unter den jetzigen Umständen ist dies schier unmöglich. Das selbe Problem besteht auch für unsere Kollegen aus Europa, die zusammen mit uns das Verfahren vor dem Europäi-

schen Gerichtshof betreuen. Diese haben schon vor zwei Monaten einen Besuchsantrag bei ihrem Mandanten gestellt, der bis heute nicht beantwortet ist. Deshalb ist uns zur Zeit keine adäquate Verfahrensführung möglich, was sich wiederum negativ auf den Ausgang des obigen Verfahrens auswirken kann.

Mehrmals schon ist die Urteilsverkündung des Gerichtshofes verschoben worden. Als letzter Termin wurde der Januar 2003 genannt. Können Sie uns Näheres über den Stand des Verfahrens in Straßburg sagen? Bzw. Was werden die nächsten Schritte sein, die Sie verfolgen wollen?

Das Verfahren vor der 1. Kammer des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist an einen gewissen Punkt angelangt, wo ein Urteilsspruch abzusehen ist. Dem letzten Stand zufolge ist mit einem Urteilsspruch Ende Januar bzw. Mitte Februar zu rechnen. Zwar können wir zum jetzigen Zeitpunkt nichts Konkretes sagen, ob sich Abdullah Öcalan oder der türkische Staat damit zufrieden geben wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass je nach Ausgang des Urteils entweder der türkische Staat oder unser Mandant Widerspruch einlegen wird. In diesem Fall ist eine Fortführung des Verfahrens vor der großen Kammer des Gerichtshofes sehr wahrscheinlich. Demzufolge sind wir schon jetzt mit der Vorbereitung unserer dortigen Verfahrensführung befasst. Aber auch hier wirken sich die oben beschriebenen Maßnahmen gegen unseren Mandanten negativ aus. D.h., dass uns momentan eine adäquate Vorbereitung kaum möglich ist.

Schon die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen zeigen, dass Abdullah Öcalan nicht als normaler Gefangener anzusehen ist. Insbesondere in den letzten Wochen nehmen die Proteste der Kurden gegen

gen seine Isolation zu. Wie schätzen sie die Lage ein, sollte sich die willkürliche Praxis der türkischen Behörden fortsetzen?

Die jetzige Entwicklung gibt Anlass zu großer Sorge. Nach dem unser Mandant aus Kenia in die Türkei entführt wurde, kam es infolge zu zahlreichen unliebsamen Vorfällen. Eine Ethnisierung des türkisch-kurdischen Konfliktes war nicht mehr ausgeschlossen. Wir hoffen, dass ein solches Szenario niemals eintritt. Jedoch besteht ein berechtigtes Besorgnis um die Sicherheit für Leib und Leben unseres Mandanten. Bei einem weiteren Andauern der momentanen Situation ist eine erneute Eskalation des Konfliktes durchaus möglich. Ein erneuter Krieg ist weder im Interesse der Türkei noch in dem der Kurden. Aber auch im Hinblick auf die gesamte Region ist eine solche Entwicklung alles andere als wünschenswert.

Das es infolge der völkerrechtswidrigen Entführung Abdullah Öcalans nicht zu einer Ethnisierung des Konfliktes kam, sondern zu einer spürbaren Entspannung und einigen demokratischen Reformen, die sich wiederum auf das Aufnahmebegehren der Türkei in die EU positiv auswirkten, ist letztendlich auch seiner behutsamen Haltung zu verdanken. Zu dem jetzigen Frieden hat unser Mandant vieles beigetragen.

Abgesehen davon besitzt selbst unser Mandant gewisse Rechte, die jedoch mit Füßen getreten werden. Dies widerspricht dem universellen Gleichheitsprinzip. Selbst in der Türkei gibt es einige Rechte, welche unserem Mandanten systematisch vorenthalten werden. Wir fordern nicht mehr oder weniger als die Rechte für unseren Mandanten, die auch allen anderen Gefangenen in der Türkei zustehen. Deshalb müssen dementsprechend die Haftbedingungen unverzüglich verändert werden.

Die Türkei braucht noch viel Zeit

Gespräch mit Arie Oostlander, Türkei-Rapporteur des Europaparlamentes

von Cemal Ucar

Sie waren letztes Jahr im November in der Türkei. Sie haben auch die kurdische Region besucht und waren bei kurdischen Familien und haben mit den Leuten dort gesprochen. Welchen Eindruck haben Sie von dieser Reise mitgenommen?

Im Südosten, muss ich sagen, kam es mir vor, als wenn es dort eine Besatzung gäbe, so viel Militär, nicht nur in den Städten, sondern auch außerhalb. Ich habe dort natürlich auch gesehen, dass die Türkei zwei Gesichter hat. Ein westliches, europäisches Gesicht und ein anderes Gesicht. Das ist natürlich auch die Problematik der Türkei, dass sie sich zwischen diesen beiden Komponenten befindet und sich zwischen diesen verständigen muss. Ich war auch ein bisschen enttäuscht, dass immer wieder neue Folteropfer in das Institut gebracht werden, das von uns finanziell unterstützt wird, das Institut in Diyarbakir zur Behandlung von Folteropfern. Ich habe dort auch andere Erfahrungen gemacht, z.B. mit einer kleinen protestantischen Gemeinde, ich bin selber Protestant, und ich kenne auch die verschiedenen Kirchen, und da handelte es sich um eine außerordentlich friedliche Gruppe, die von den Behörden daran gehindert wurde, einen eigenen Gemeindesaal zu bauen. Ich habe dem hiesigen Botschafter der Türkei eine Liste gegeben mit solchen kleinen aber ärgerlichen Sachen im Hinblick auf Minderheitenschutz und ich habe ihm gesagt: "Wenn Sie wirklich beweisen wollen, dass die Türkei guten

Willens ist, bitte lösen Sie das in den nächsten zwei Wochen." Man kann doch sofort damit aufhören, diese kleinen Minderheiten in ihrer Existenz zu stören. Als Protestant könnte ich dort nicht leben, ohne große Schwierigkeiten mit den Behörden zu bekommen. Die Bürger sollen doch in allen Mitgliedsstaaten auf dieselbe Weise in Freiheit leben können. Und es soll in Diyarbakir oder in anderen Städten genauso leicht sein, eine protestantische Kirche zu bauen, wie es in Rotterdam einfach ist, eine Moschee zu bauen.

Ich war auch an der syrischen Grenze in einem Kloster der Syrisch-Orthodoxen, von denen ich weiß, dass die Hälfte als Flüchtlinge in die Niederlande ausgesiedelt sind. Dort wo sie herkommen, aus der Südosttürkei hat man auch ihre alte Sprache, das Aramäische verboten, eine alte semitische Sprache. Der Abt des Klosters, selbst ein Experte in dieser Sprache, muss seine Studenten, die die liturgische Sprache erlernen wollen, nach Oxford schicken. Ihm selbst ist dies in der Türkei verboten. Wie kann eine Regierung nur so töricht handeln. Wenn man doch so ein schönes altes Kloster hat und solche Leute und das alles doch schon seit Jahrhunderten zur Türkei gehört, daraus könnte man doch etwas machen, ein wissenschaftliches Zentrum für die Region und darüber hinaus für Wissenschaftler, die dort Aramäisch studieren könnten. Das wäre doch nur hilfreich für die Entwicklung dieser Region. Ich denke, wir sollen mit der Türkei auf



Arie M. Oostlander

dem bisherigen Weg weitergehen, aber dabei immer ganz offen und klar sagen, was wir erwarten und was wir in einem Mitgliedsstaat der Union nicht sehen wollen. Und an solchen Dingen, wie Minderheitenschutz, bei Sachen, die man schnell umsetzen kann, da könnte die Türkei, auch für unsere Bevölkerung, zeigen, dass es ihr ernst ist. Die Erwartung, dass die Türkei sich ändert, haben wir natürlich schon seit 1963. Da sind dann die Kriege mit den Kurden und anderes dazwischen gekommen und im Grunde hat man erst etwa 1999/2000 wirklich angefangen etwas zu ändern.

Die Wünsche der Kurden innerhalb der Türkei zu erfüllen, wird nicht so schwierig sein, wenn die Türkei sich sicherer fühlt. Separatismus sehe ich da eigentlich nicht. Wenn man europäisch denkt, dann sind Grenzen nicht so wichtig. Und wenn die Türkei wirklich einmal ein richtiger vollständiger Rechtsstaat ist nach europäischem Modell, dann haben die

Kurden natürlich alle Freiheiten. Ich gebe Ihnen hier einmal ein Beispiel. In den Niederlanden gibt es die sehr kleine Minderheit der Friesen. Sie haben eine eigene Sprache und eine eigene Literatur. In Friesland kann man im Verkehr mit den Behörden Friesisch sprechen und schreiben. Es gibt auch friesische Radiosender usw. Niemand fürchtet in den Niederlanden, dass sich Friesland abspalten könnte.

Ähnliches wird auch einmal für die Kurden gelten, wenn die Türkei sich sicher fühlt. Dann kann es auch kurdischsprachige Universitäten geben.

Seit sechs Wochen konnten weder die Anwälte noch seine Familie Abdullah Öcalan besuchen. Er ist der einzige Gefangene in dem Gefängnis, abgeschirmt vom Militär, das niemanden auf die Gefängnisinsel lässt. Normalerweise können wenigstens seine Anwälte ihn einmal in der Woche besuchen. Inzwischen können wir nicht einmal mehr wissen, ob er noch lebt. Das löst natürlich bei den Kurden Emotionen aus.

Meines Erachtens muss die türkische Politik intelligenter auf das Phänomen Öcalan reagieren, und das heisst, dass man die Kurden nicht empört und ihr Misstrauen weckt.

Kann denn Europa da nicht mehr machen und positiv auf die Türkei einwirken?

Solche Dinge werden jetzt natürlich bei den Gesprächen über die EU-Mitgliedschaft der Türkei immer wieder genannt. Bei allen Anträgen und Resolutionen spielt die Minderheitenfrage eine sehr ausgeprägte Rolle. Je mehr die Türkei sich bemüht, Mitglied der EU zu werden, je mehr Druck sie in dieser Richtung macht, desto öfter wird auch das Kurdenproblem auf den Tisch gelegt.

Wir wollen, dass man auf eine flexible,

nicht rigide Weise mit den Kurden umgeht, dass die Kurden in der Türkei frei leben können, und dass diejenigen Gebiete, in denen die Kurden mehrheitlich leben, zu zweisprachigen Gebieten gemacht werden. Die Kurden müssen so behandelt werden, dass sie das Gefühl haben, die Türkei ist auch unser Staat.

Wie sehen Sie die derzeitige Rolle der Türkei im Zusammenhang mit dem Irakkonflikt?

Die Türkei ist sehr zögerlich mit einer Unterstützung für einen Krieg im Irak. Es ist für sie politisch und historisch betrachtet auch nicht einfach sich daran zu beteiligen. Jetzt gerade habe ich aber auch gehört, dass von türkischer Seite die irakischen Grenzen in Frage gestellt werden, dass die Türkei überlegt, sich den gesamten kurdisch besiedelten Nordirak anzueignen. Das ist sehr gefährlich.

Die Amerikaner wollen rund 80.000 Soldaten in der Türkei stationieren, dabei soll Diyarbakir der Hauptstützpunkt werden.

Ich glaube, dass jede ausländische Präsenz in Diyarbakir zum Vorteil der Kurden ist.

In den Bergen dort gibt es noch Guerillas der PKK bzw. des KADEK. Die Kurden fürchten, dass die Türkei mit Hilfe der Amerikaner versuchen könnte, sich dieses Problems zu entledigen.

Ich denke, dass die Amerikaner überhaupt keine Lust haben, sich in einen innertürkischen Konflikt einzumischen. Sie haben auch mit dem Irak schon genug zu tun und in einem Krieg gegen eine Minderheit werden sie sich zumindest neutral verhalten.

Was ich heute gehört habe, das ist wirk-

lich kritisch. Sollte die türkische Regierung wirklich die Absicht haben, den Nordirak zu annektieren...

Wie würde die EU dann reagieren?

Das könnten wir nicht akzeptieren. Wenn die Türkei wirklich eine amerikanische Intervention im Irak nutzen würde, um sich bei dieser Gelegenheit ein Stück vom Irak abzuschneiden, das könnten wir nicht hinnehmen. Dann würde der Dialog mit der EU sicher für mehrere Jahre abbrechen.

Seit kurzer Zeit hat die Türkei eine neue Regierung. Was trauen Sie dieser Regierung zu, welche Probleme kann sie lösen?

Zunächst einmal ist es gut, dass sie eine deutliche Mehrheit im Parlament hat. Als Christdemokrat habe ich auch keine Angst vor einer Partei, die islamisch inspiriert ist, auch das kann eine demokratische Partei sein. Je nachdem, wie sich diese Partei entwickelt, könnte sie dazu beitragen, dass sich das Verhältnis zwischen Religion und Politik entspannt.

Was sagen Sie zu dem Statement von Valéry Giscard d'Estaing, der die EU für eine christlich geprägte Gemeinschaft hält?

Nun, wenn Herr Erdogan dazu sagt, die EU sei kein oder solle kein christlicher Club sein, dann sage ich dazu, die Kultur Westeuropas ist christlich geprägt, wir sagen aber nicht, dass es für die politischen Werte, die sich auf diese Kultur stützen ein christliches Monopol gibt.

Es spricht nichts dagegen, diese Werte zu übernehmen, das ist nicht unmöglich, aber es dauert seine Zeit, vielleicht lange Zeit. Die Struktur des Staates in der Türkei ist außerordentlich komplex. Da ist beispielsweise die Rolle der Armee. Wir möchten gerne, dass das geändert wird.

Aber auch wenn das jetzt formell geändert würde, dann ändert sich die Rolle der Armee doch nicht wirklich.

Welche Lösung kann es denn da geben?

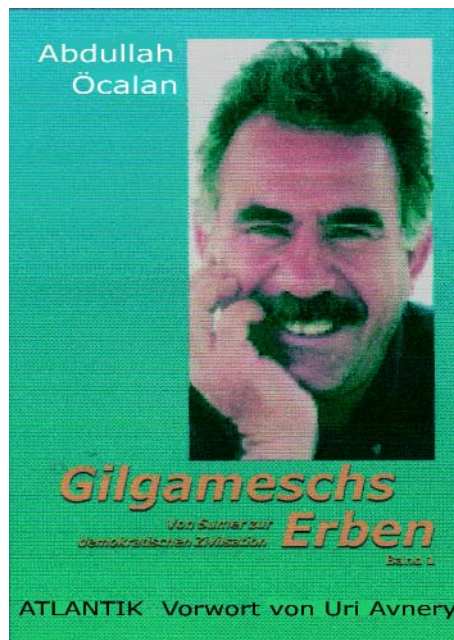
Ich weiß, daß die türkischen Bürgern eine höhere Meinung von der Armee haben als von den Politikern. Das kann man nicht in wenigen Jahren ändern. In den Mitgliedsländern der EU ist aber für die Armee keine solche Rolle akzeptabel. Es wird ein langer Prozess sein, die Stellung der Armee im europäischen Sinne zu ändern. Das dauert vielleicht länger als zehn Jahre.

Eine Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen ist jetzt erst einmal verschoben auf 2005. Glauben Sie, dass die Türkei bis dahin die Kriterien erfüllt?

Das wäre ein großes Mirakel. Ich war immer gegen dieses Datum. Und ich glaube, dass die türkischen Politiker ganz genau wissen, was zu tun ist. Sie sollen bei den Minderheiten anfangen, solange nicht einmal die Rechte kleiner und ausgesprochen friedlicher protestantischer Gemeinden geschützt sind, wie ich das in Diyarbakir erfahren musste.

Die Türkei sollte auch an die Meinung der Bevölkerung in Europa denken. Sie kann nicht einfach nur aus geopolitischen oder realpolitischen Gründen aufgenommen werden.

Arie M. Oostlander gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament an und ist u.a. Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte und gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik im Europaparlament.



Ab März 2003 im Buchhandel

Abdullah Öcalan Gilgameschs Erben

Von Sumer zur demokratischen
Zivilisation
Band 1
Vorwort von Uri Avnery

ca. 580 S./ca. 24,80 / ISBN 3-926529-15-6

In seiner Streitschrift zum Beschwerdeverfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof geht Abdullah Öcalan in geschichtsphilosophischer und zivilisationskritischer Weise den Weg vom sumerischen Priesterstaat bis hin zu den Anfängen einer demokratischen Zivilgesellschaft nach. Als Alternative zur Polarisierung zwischen neoliberaler Globalisierung und rückwärtsgewandten, patriarchalen Dogmen zeichnet Öcalan für den Mittleren Osten die Perspektive einer grenzübergreifenden Renaissance. Damit will der kurdische Politiker einen Beitrag zum Aufbau einer demokratischen Weltgesellschaft von unten leisten.

lingsberater von Kardinal Hume, GB), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Dario Fo** (Regisseur, Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator der CI, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Dr. Rolf Gössner** (RA, Publizist), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, GB), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Máiréad Keane** (Vors. der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Fein, Nordirland), **Jean-Jacques Kiryacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **Dietrich Kittner** (Kabarettist, Deutschland), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, GB), **Mairead Maguire** (Nobelpreisträger, Nordirland), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Renée le Migmot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Roland Oferinger** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Dr. Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, GB), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vors. der Magistratura Democratica, Italien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, GB), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **Lord John Nicholas Rea** (House of Lords, GB), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Günther Schwarberg** (Journalist, BRD), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, GB), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, GB) **Prof. Dr. Jean Ziegler**, (Nationalrat und Publizist, Schweiz)